

Statement von Oliver Coenenberg

Geschäftsführer und Arbeitsdirektor Sanofi-Aventis Deutschland GmbH
Vorstandsvorsitzender Arbeitgeberverband HessenChemie

Pressegespräch der Chemie

am 29. Oktober 2020 in der Frankfurter Gesellschaft für Handel, Industrie und
Wissenschaft e.V. in Frankfurt am Main

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sperrfrist: 29. Oktober 2020 – 11:00 Uhr

Die konjunkturelle Lage der chemisch-pharmazeutischen Industrie in Hessen

Corona-Krise schwächt insbesondere die klassische Chemie

Auch die Chemie- und Pharmaindustrie in Hessen wird 2020 erheblich durch die Corona-Krise belastet. Dabei wird die seit Ende 2018 eingetretene rezessive Entwicklung durch die Folgen der Pandemie noch einmal deutlich verschärft.

Der Gesamtumsatz lag bis einschließlich August bei **17,9 Milliarden Euro** und damit **2,7 Prozent** unter dem Vorjahr. Die Produktion sank um **2,0 Prozent**, die Verkaufspreise gingen um **1,6 Prozent** zurück.

Ähnlich wie schon in der Finanz- und Wirtschaftskrise blieb die Beschäftigung bisher stabil. Etwa **15 Prozent** der Unternehmen nutzen bisher die Kurzarbeit, für etwa **10 Prozent** der Beschäftigten. Die Inanspruchnahme war zuletzt rückläufig.

Bei genauerer Betrachtung stellt man eine unterschiedliche Entwicklung in den Sparten Chemie und Pharma fest.

Alle Chemie-Kennzahlen im Minus

Mit rund **9,8 Milliarden Euro** gingen die Umsätze in den klassischen Chemiesparten bis August um **8,8 Prozent** gegenüber dem Vorjahr zurück. Die Produktion gab um **4,7 Prozent** nach.

Bereits seit Anfang 2019 ist die klassische Chemie als „Industrie für die Industrie“ durch die allgemein rückläufige Industriekonjunktur sowie ein verlangsamtes Wachstum der Weltwirtschaft betroffen. Die Corona-Pandemie hat die ohnehin schwierige Situation deutlich verschärft.

Gesamtwirtschaftlich lag die Nachfrage nach **Vorleistungsgütern** bis August um **9,0 Prozent**, die nach **Investitionsgütern** sogar um knapp **16,0 Prozent** unter dem Vorjahr. Grundlegende strukturelle Umbrüche in zahlreichen industriellen Kundenbranchen, speziell in der Automobilindustrie, machen sich auch bei den Chemie-Unternehmen bemerkbar.

Pharma-Industrie als Stabilitätsanker

Die hessische Pharma-Industrie beweist sich als Stabilitätsanker und leistet nicht nur mit der Impfstoffentwicklung, sondern auch mit der Versorgung des

Gesundheitswesens, einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung der Corona-Pandemie.

Die Sparte verbuchte bis August einen Gesamtumsatz von rund **8,1 Milliarden Euro** und damit **5,9 Prozent** mehr als im Vorjahreszeitraum. Die Produktion hat sich um **1,6 Prozent** ausgeweitet. Die Verkaufspreise stiegen im Jahresvergleich um **1,2 Prozent**.

Verbandsumfrage: Keine schnelle Rückkehr zum Vorkrisenniveau

Die Ergebnisse der amtlichen Statistik decken sich weitgehend mit den Einschätzungen der **aktuellen Konjunkturumfrage** des Arbeitgeberverbandes HessenChemie. Diese haben wir im **September und Oktober** repräsentativ nach Beschäftigten und Sparten durchgeführt. Nachfolgend die wichtigsten Ergebnisse:

Befragt nach ihrer aktuellen Wirtschaftslage geben **65 Prozent** der Firmen an, diese sei schlechter als 2019. Nur **3 Prozent** sehen sich in einer besseren Situation.

Rund **58 Prozent** der Firmen gehen von einem Rückgang ihrer Produktion aus. Rund **10 Prozent** erwarten eine Zunahme.

In Bezug auf die aktuelle Ertragslage geben **52 Prozent** der Firmen an, diese sei schlechter als im Vorjahr. **16 Prozent** der Unternehmen bewerten diese besser.

Die Erwartungen für das nächste Jahr sind hingegen wieder etwas optimistischer. Knapp **55 Prozent** der befragten Unternehmen gehen dann wieder von Umsatzzuwächsen aus. Allerdings rechnen immerhin rund **16 Prozent** der Unternehmen mit einem weiteren Umsatzrückgang.

Erste Erholungstendenzen zeichnen sich auch bei den Erträgen ab. Hier erwarten gut **45 Prozent** für 2021 eine wieder verbesserte Ertragssituation. Ein gutes **Viertel** der Betriebe erwartet eine Verschlechterung.

Die Unsicherheiten bleiben weiterhin hoch. Die deutliche Mehrheit der Befragten geht deshalb nicht von einer raschen wirtschaftlichen Erholung aus. Lediglich **12 Prozent** der Befragten glauben, bereits **2021** wieder vollständig auf ihr Vorkrisenniveau zurückzukehren. Bei allen anderen Unternehmen wird es demnach länger dauern.

Ausblick und Risiken

Eine Rückkehr auf Vorkrisenniveau ist nach unserer Einschätzung somit frühestens für **2022** zu erwarten und dies auch nur wenn es keine drastischen Rückschläge gibt.

Problematisch ist, dass sich die Pandemie im Hinblick auf Schwere und Dauer unterschiedlich auf die internationalen Märkte auswirkt. Allein dadurch ist die Lage schwer kalkulierbar und führt zu einer hohen Unsicherheit in den Märkten.

Ungeachtet dessen gibt es weitere Entwicklungen, die Einfluss auf den freien Handel haben. Ich denke hier, abhängig vom Ausgang der Präsidentschaftswahlen, an eine mögliche Fortsetzung der aggressiven **US-Handelspolitik** und auch an den sich immer deutlicher abzeichnenden **harten BREXIT**.

Sollten die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und Großbritannien bis Jahresende scheitern, droht eine nachhaltige Schädigung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen. Rund **ein Drittel** der befragten Unternehmen wären hiervon spürbar betroffen.

Ausbildung weiterhin wichtig

Trotz der angespannten Lage haben die Chemie-Arbeitgeber ihr Ausbildungsplatzangebot mit circa **1.500 Plätzen** auf hohem Niveau gehalten. Die Ergebnisse der Ausbildungsumfrage weisen gleichwohl einen Rückgang von etwa **5 Prozent** im Vergleich zum Vorjahr aus.

Die Ausbildung unter Corona-Bedingungen ist eine enorme Herausforderung für die Ausbildungsbetriebe, bei der z.B. die notwendigen Hygiene- und Abstandsregeln räumliche Kapazitätsprobleme schaffen und die praktische Ausbildung im Technikum, Labor oder der Produktion erschwert.

Zusätzlich wird das Werben um Auszubildende schwieriger, da Praktika, Messen und Tage der offenen Tür oft nicht durchführbar sind.

Sozialpartnerschaft bewährt sich

Was ich positiv bewerte ist, dass sich die Chemie-Sozialpartnerschaft in dieser Krise bisher erneut bewährt hat. Arbeitgeber und Gewerkschaft haben sehr schnell Maßnahmen ergriffen, um Unternehmen zu entlasten, Beschäftigung zu sichern und das Infektionsrisiko zu reduzieren.

In bisher **vier Corona-Vereinbarungen** der Tarifparteien wurden Möglichkeiten zu einer Ausweitung der täglichen Arbeitszeiten sowie für verkürzte Ankündigungsfristen zur Kurzarbeit geschaffen. Darüber hinaus ließen sich vereinbarte freie Tage aus dem Tarifvertrag „Moderne Arbeitswelt“ beispielsweise für die Kinderbetreuung vorziehen oder mobiles Arbeiten auf der Grundlage einer freiwilligen Betriebsvereinbarung anordnen.

Zeitgleich verständigten sich die Chemie-Sozialpartner auf schnelle und unkomplizierte Abläufe bei notwendigen Zustimmungen zu tariflichen Flexi-Instrumenten und unternehmensbezogenen Verbandstarifverträgen.

Mobiles Arbeiten hat sich in der Praxis bewährt

Insbesondere der digitale **Wandel der Arbeitswelt** hat speziell durch die Corona-Pandemie zuletzt noch einmal deutliche Impulse erfahren.

Viele Mitgliedsunternehmen waren bereits vergleichsweise gut aufgestellt. Die Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft, mit der wir seit längerer Zeit über WORK@INDUSTRIE 4.0 sprechen, umfangreiche Modellprojekte, die frühzeitige Umsetzung und

CHEMIEVERBÄNDE HESSEN

nicht zuletzt die Investitionen in eine digitale Infrastruktur haben sich jetzt bezahlt gemacht.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben viele Erfahrungswerte auch im Hinblick auf das mobile Arbeiten gesammelt. Es wurde deutlich, dass durch die Digitalisierung und ihre technischen Möglichkeiten Arbeit heute in vielen Bereichen orts- und zeitunabhängig geleistet werden kann. Eine große Anzahl von Beschäftigten in Produktion und Labor muss aber auch heute noch im Werk präsent sein.

Einen gesetzlichen Anspruch auf mobiles Arbeiten oder Homeoffice, wie ihn Arbeitsminister Heil vorgelegt hat, lehnen wir entschieden und mit aller Deutlichkeit ab! Ein Anspruch auf 24 Tage Homeoffice geht nämlich komplett an der betrieblichen Wirklichkeit vorbei und stört zudem die freiwilligen und sinnvollen Lösungen zwischen Arbeitgebern und Beschäftigten, die bereits heute bestehen.

Die Ausgestaltung des Arbeitsortes muss sich in erster Linie, ebenso wie die Arbeitszeit, an den Kundenbedürfnissen orientieren und im Direktionsrecht des Arbeitgebers bleiben.

Individuelle und passgenaue Regelungen zur Nutzung des Homeoffice bzw. zum mobilen Arbeiten können nur vor Ort

entschieden werden. Die notwendigen Rahmenbedingungen lassen sich tarifvertraglich bzw. über Betriebsvereinbarungen regeln.

Komplizierte Form- und Begründungserfordernisse und eine gesetzliche Verpflichtung zur Aufzeichnung von Arbeitszeiten sind mit unnötiger neuer Bürokratie verbunden und bedeuten einen echten Rückschritt.

Vielmehr fordern wir die Bundesregierung auf, jetzt die Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes in Angriff zu nehmen. Eine Wochenbetrachtung der Arbeitszeit sowie eine Definition von geringfügigen Tätigkeiten, die die 11-stündige Ruhezeit nicht unterbrechen, wären ein echter Schritt in die richtige Richtung.

Politik muss wieder Zukunft in den Blick nehmen

Wie wir ausgeführt haben, hat auch uns die Corona-Krise vor vielfältige Herausforderungen gestellt. Die Politik im Bund wie auch in Hessen hat im Wesentlichen gut und insbesondere bezogen auf die schnellen und umfangreichen Corona-Hilfsmaßnahmen für die Wirtschaft wichtige Entscheidungen getroffen.

Jetzt muss der Blick jedoch wieder stärker auf die **Zukunftsthemen** gerichtet werden und damit auf die Voraussetzungen für Wachstum und Wohlstand.

1. **Mobiles Arbeiten bzw. Home Office** hat sich in der Pandemie als relevantes und funktionierendes Instrument erwiesen. Einen gesetzlichen Anspruch auf mobiles Arbeiten lehnen wir aus den zuvor genannten Gründen ab und fordern vielmehr die dringend notwendige Modernisierung und Flexibilisierung des **Arbeitszeitgesetzes**.
2. Die **Digitalisierung** muss auch **weiterhin konsequent vorangetrieben** werden. Hier fordern wir insbesondere eine verstärkte Förderung der Bereiche E-Government und Schule, damit Verwaltungsprozesse z.B. bei Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt werden bzw. der Bildungsstandort gestärkt wird.
3. Auch über das Jahr 2021 hinaus müssen die **Sozialabgaben** auf maximal 40 Prozent begrenzt werden, denn steigende Lohnzusatzkosten verteuern die Arbeit und gefährden die Wettbewerbsfähigkeit.
4. Für die Unternehmen in Hessen und Deutschland sind zudem der Abbau von **Bürokratie sowie eine Optimierung der Rechtsetzung** zwingend erforderlich.

CHEMIEVERBÄNDE HESSEN

Jede unnötige und vor allem jede falsche Regulierung schadet unserer Wettbewerbsfähigkeit und dem Vertrauen in die Politik.

Soweit zu unseren Forderungen. Herr Reutter wird diese jetzt um wirtschaftspolitische Themen ergänzen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.